

Präsidentschaftswahlen in Russland

Ergebnis und Bewertung der Wahl

Die Präsidentschaftswahl in Russland ist wie vorhergesehen ausgefallen. Bei einer Wahlbeteiligung von zirka 69 Prozent hat der Favorit Dmitri Medwedjew 70 Prozent erreicht. Alle weiteren drei Kandidaten lagen weit dahinter. Damit hat die Mehrheit der Russen den Kandidaten bestätigt, dem bereits seit Wochen die besten Aussichten auf das Präsidentenamt im Kreml zugesprochen wurden. Vorausgegangen war ein ereignisloser Wahlkampf. Geradezu gespenstisch ruhig verliefen die Wochen vor dem Urnengang. Außer einigen peinlichen Auftritten im Russischen Fernsehen, bei denen u.a. einige Kandidaten versuchten, mit handfesten Raufereien, den Wählern die eigene Position zu vermitteln, war von den Herausforderern nicht viel zu sehen. Keine Diskussionen, keine öffentlichen Debatten über einzelne Punkte der Wahlprogramme.

Stattdessen ein zumindest in allen öffentlichen, staatlichen Medien präselektierter Kandidat des Kremls – unterstützt von Noch-Präsident Wladimir Putin. Eine faire Wahl nach westlichen demokratischen Standards war dieser Urnengang nicht. Der Kandidat wurde von Putin persönlich ausgewählt und von den staatlichen Medien systematisch aufgebaut und gefördert. Ernsthaften Gegenkandidaten wurde die Kandidatur erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Dennoch ist die Sympathie der Bevölkerung für Putin und Medwedjew in hohem Maße vorhanden. Um dies im Westen zu verstehen, muss man in seiner Bewertung die historische Entwicklung Russlands miteinbeziehen. Die durch den Kommunismus schwer gebeutelte Bevölkerung hat in der ersten

Phase der Demokratisierung in den 90er Jahren einen wirtschaftlichen Niedergang und einen Zerfall des Staates erlebt. Die Putin Ära steht im Gegensatz dazu für einen wirtschaftlichen Aufschwung, für eine Zurrückgewinnung der inneren Stabilität und für ein nach außen gerichtetes neues Selbstbewusstsein. Da die Verfassung eine dritte Amtszeit Putins nicht zuließ, wurde die aus Sichtweise der Russen erfolgreiche Amtszeit Putins auf den von ihm vorgeschlagenen Nachfolger Dmitri Medwedjew übertragen.

Sicher ist, dass Medwedjew von den anderen möglichen Kandidaten innerhalb des Kremls der pro-westlichste und liberalste war. Auf seinen Wahlkampfreden sprach er sich – zuletzt vor einer Woche in Krasnojarsk – für mehr Freiheit, mehr Rechtsstaat und mehr Zivilgesellschaft aus. Medwedjew wünschte sich für Russland unabhängige Richter und unabhängige und starke Medien. Außerdem forderte er eine umfassende Modernisierung der russischen Wirtschaft mit einer tragenden Rolle von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Privateigentum soll sicher sein, die Unternehmer gestützt und nicht wie bisher von der Bürokratie traktiert werden. Zudem forderte Medwedjew eine massive Bekämpfung der Korruption verbunden mit einer grundlegenden Reform der Bürokratie des Russischen Staates. Außenpolitisch hat sich Medwedjew bisher zurückgehalten, signalisierte jedoch, dass für ihn der Aufbau eines besseren Verhältnisses zum Westen ein wesentlicher Bestandteil seiner Politik sein soll.

Sicherlich bieten Demokratiedefizite und das Wahlverfahren genug Gründe zur Skepsis des Westens gegenüber Russland. Dennoch

MOSKAU

DR. LARS PETER SCHMIDT

3. März 2008

www.kas.de/moskau

www.kas.de

eröffnen das Ergebnis des Amtswechsels und die Figur Medwedjews zunächst einmal auch neue Chancen, die in den letzten Jahren schwer belasteten Beziehungen zu Russland zu verbessern. Ganz sicher stimmen die Analysen, die besagen, dass die russische Bevölkerung autoritär gelenkt werde. Von einem diktatorischen System zu sprechen ist jedoch falsch. Zu unabhängig sind dafür Institutionen wie z.B. das Verfassungsgericht oder der Oberste Gerichtshof, zu entwickelt die Zivilgesellschaft vor allem in den großen Städten. Auch muss man festhalten, dass Putin sich bei aller Einflussnahme letztendlich an die Spielregeln der Verfassung gehalten hat. Auch ist und bleibt Russland von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vom Westen abhängig, zu sehr hat die westliche Moderne Vorbildcharakter vor allem für die jüngere Generation in Russland, zu der man den jetzt gewählten Präsidenten zählen kann. Der Übergang zu Medwedjew ist trotz aller Schwierigkeiten eine Zäsur. Er bietet die Chance, eines grundlegenden Überdenkens des Umgangs miteinander auf beiden Seiten.

Die anderen Kandidaten

Wie zu erwarten, hatten die anderen drei Kandidaten – sowenig wie noch nie bei russischen Präsidentschaftswahlen - keine Chancen. Traten bei den letzten Wahlen 2004 noch insgesamt sieben Kandidaten an, waren es im Jahr 2000 sogar noch elf Anwärter. Bereits zum dritten Mal kandidierte Kommunistenführer Gennadi Sjaganow (18,1%). Er setzte auch bei dieser Wahl auf seine alternde Stammwählerschaft, sowie auf die Enttäuschten und Unzufriedenen. Dementsprechend klangen seine Parolen: Verstaatlichung der Bodenschätze und strategischer Wirtschaftszweige, Kampf gegen Armut und Inflation, Erhöhung der Renten.

Auch der Drittplazierte bei den Präsidentschaftswahlen ist kein Unbekannter. Wladimir Schirinowski (9,7%), Parteichef der Liberaldemokratischen Partei und als Nationalist mit populistischen Zügen bekannt. Er war ebenfalls bereits gegen Boris Jelzin und Wladimir Putin angetreten.

Der unbekannteste Kandidat war Andrej Bogdanow(1,3 %), Vorsitzender der Demokratischen Partei. Er präsentierte sich vor allem als Freund der Europäischen Union und plädierte für einen schnellen Beitritt Russlands. Kritiker warfen ihm jedoch vor, seine liberalen Überzeugungen seien nur gespielt und seine Kandidatur vom Kreml organisiert. So hatte Bogdanow vor seiner Kandidatur Posten in der Regierungspartei Einiges Russland bekleidet.

Ex-Premier Michael Kassjanow war bereits im Vorfeld nicht zugelassen worden. Ein Großteil der Unterschriften zur Unterstützung seiner Kandidatur seien ungültig oder sogar gefälscht gewesen, hatte die Russische Wahlkommission ihre Entscheidung begründet. Laut Wahlgesetz müssen Kandidaten von Wählergruppen und Parteien, die nicht in der Duma vertreten sind, mindestens zwei Millionen Unterstützer Unterschriften sammeln. Damit wird es unabhängigen Kandidaten nahezu unmöglich gemacht, an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. Erstaunlich ist es in diesem Zusammenhang allerdings, wie der nahezu unbekannte Kandidat, Andrej Bogdanow, dessen Partei zur Dumawahl nur rund 0,13 Prozent (etwa 90.000 Wählerstimmen) gewonnen hatte, zwei Millionen Unterschriften sammeln konnte. Bereits kurz nach seiner Registrierung hatte Boris Nemzow, von der liberalen Union der rechten Kräfte, der in der Jelzin Ära einmal stellvertretender Ministerpräsident und Hoffnungsträger war, seine Kandidatur wieder zurückgezogen. Nemzow trat aus Protest nicht an, weil die Wahl – wie er sagte – eine Farce und die Kandidaten ungleiche Bedingungen hätten.

Es sei angemerkt, dass der Wahlkampf gerade mit Kassjanow und Nemzow ereignisreicher geworden wäre. Kassjanow, der als Ministerpräsident unter Putin dazu beitrug, Reformen voranzutreiben und damit Putins anfängliches Image als Modernisierer mitbegründete, verfügt über großen Sachverstand als Wirtschaftspolitiker. Nemzow hat die Regierungszeit Putins in diversen Publikationen kritisch analysiert.

MOSKAU

DR. LARS PETER SCHMIDT

3. März 2008

www.kas.de/moskau

www.kas.de

Ausblick: Medwedjew - Putin

Lange ist gerätselt worden, wen Wladimir Putin als seinen Kandidaten vorstellen würde. Einige Kandidaten waren im Gespräch: Sergej Iwanow – Vize-Premier, Geheimdienstgeneral und langjähriger russischer Verteidigungsminister. Viktor Subkow – alternder Ex-Sowjet-Apparatschik und im Herbst vergangenen Jahres überraschend zum russischen Ministerpräsidenten ernannt. Oder eben Dmitri Medwedjew – Aufsichtsratsvorsitzender des russischen Gasmonopolisten „Gazprom“ und wie Iwanow ebenfalls stellvertretender Ministerpräsident. Als solcher verantwortete er sogenannte „Nationale Projekte“ – großzügig finanzierte soziale Programme für Bildung, Gesundheitspolitik und Wohnungsbau.

Dass am Ende der relativ unbekannte und als konfliktscheu geltende Medwedjew das Rennen machte, überraschte viele Beobachter.

Dmitri Medwedjew gilt als liberaler Bürokrat und gehört dem Petersburger Umfeld Putins an. Er studierte noch zu Sowjetzeiten Jura an der Leningrader Staatsuniversität; 1990 promovierte er im Zivilrecht. Putin und Medwedjew lernten sich in der Petersburger Stadtverwaltung kennen, wo Medwedjew den damals stellvertretenden Bürgermeister Putin in Rechtsfragen beriet. 1999 zog Medwedjew nach Moskau und leitete den Präsidentenwahlkampf Putins. 2003 stieg er zum Chef der Präsidialverwaltung auf. Ein Jahr zuvor war er bereits zum Aufsichtsratsvorsitzenden des allmächtigen Gasriesen „Gazprom“ gewählt worden. Dann im Herbst 2005 folgte der nächste Schritt in seiner Karriere: Putin machte ihn zum ersten stellvertretenden Ministerpräsident. Fortan wurde er als potentieller Kandidat für das Präsidentenamt gehandelt.

Es ist lange darüber debattiert worden, ob Putin selbst nochmals antreten würde. Das russische Volk hätte ihn ganz sicher wieder gewählt – nicht nur aus Mangel an wirklichen Alternativen, sondern auch wegen seiner Politik und seiner Popularität, die insbesondere im Vorfeld der Dumawahl im Dezember vergangenen Jahres, bei der Putin

als Spitzenkandidat der Kreml-Partei Einiges Russland antrat, ihren Höhepunkt erreicht hatte. Doch Putin stand zu seinem Wort, nicht ein drittes Mal als Präsident kandidieren zu wollen, und damit die Verfassung zu brechen bzw. ändern zu wollen. Er hätte sich damit auf dieselbe Stufe gestellt mit anderen im Westen unbeliebten Diktatoren, die kurzerhand die Verfassungen ihren eigenen Interessen anpassten, wie beispielsweise Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko.

Möglicherweise herrscht auch im Kreml noch Unsicherheit über die Zukunft. Sicher ist, dass Putin vorerst das weitaus schwächere Amt des Ministerpräsidenten übernehmen wird. Vieles wird davon abhängen, wie sich Medwedjew in den ersten Monaten seiner Amtszeit in Position bringen kann. Und wie er den bereits jetzt erkennbaren kremlinternen Machtkampf zwischen den sogenannten Silowiki (Vertreter der Geheimdienste und der Armee) und den liberal eingestellten Bürokraten übersteht.

Die Wahl von Dmitri Medwedjew bedeutet vor allem eins: Stabilität und Planungssicherheit. Er wird wohl vorerst die Innenpolitik Putins in ihren Grundzügen fortführen. Dem russischen Volk scheint es recht zu sein. Zu nah sind noch die Erinnerungen an die „wilden“ 90er Jahre und die stets zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten.

Erste Eckpfeiler seiner Präsidentschaft hatte Medwedjew vor wenigen Tagen, wie bereits erwähnt, in einer wirtschaftspolitischen Grundsatzrede im sibirischen Krasnojarsk skizziert – überschrieben mit vier großen „I“s: Institutionen, Infrastruktur, Innovationen und Investitionen. Er stellte eine umfassende Steuerreform in Aussicht, mit der er die Wirtschaft weiter ankurbeln will. Die Mehrwertsteuer könnte von derzeit 18 auf 13 Prozent sinken; zudem solle die Steuerlast auf Ölexporte verringert werden, um den Unternehmen mehr Möglichkeiten für Investitionen zu geben. Investitionen, die gerade bei der Erneuerung von Förder- und Produktionsanlagen, die zum größten Teil hoffnungslos veraltet sind, gebraucht werden.

Grundsätzlich glänzt Russland derzeit zwar mit einem imposanten Wirtschaftswachstum von sieben Prozent im vergangenen Jahr.

Zu grenzenlosem Optimismus reicht dies jedoch nicht; denn dieses Wachstum ist auf keinem soliden Fundament gebaut. Der Anstieg ist wesentlich mit den enormen Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf verbunden. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass ein Rückgang des Ölpreises – trotz beeindruckender Gold- und Devisenreserven und Rücklagen im eigens geschaffenen Stabilisierungsfond – zu einer sofortigen Rezession in Russland führen würde.

Mit dem Wirtschaftswachstum einher geht derzeit eine anscheinend unaufhaltsame Inflation, die alleine im vergangenen Jahr auf über zwölf Prozent gestiegen ist. Um den enormen Anstieg zumindest vorerst zu stoppen, hatte Wladimir Putin die Nahrungsmittelpreise kurzerhand im letzten Herbst einfrieren lassen. Will sich Medwedjew also nicht den Volkszorn wegen zu hoher Brot- und Milchpreise zuziehen, muss er schnellstmöglich Mittel und Wege finden, um der Inflation entgegenzuwirken.

Auch beim angekündigten Kampf gegen die nach wie vor grassierende Korruption („schwerste Krankheit, die unsere Gesellschaft erfasst hat“) scheint Skepsis angebracht. Hatte doch auch Wladimir Putin stets betont, die Korruption mit allen Mitteln bekämpfen zu wollen, doch auch er konnte in zwei Amtsperioden diese nicht spürbar eindämmen. Stattdessen blähte er den nicht gerade für seine Korruptionsresistenz bekannten Staatsapparat auf. So dass es derzeit in Russland mit 1,5 Millionen Staatsdienern mehr als doppelt so viele Beamte gibt wie zum Ende der Sowjetunion.

Seinen Landsleuten spricht Medwedjew aus der Seele, wenn er den seiner Meinung nach in Russland eklatant vorhandenen „Rechtsnihilismus“ bekämpfen sowie eine landesweite faire und freie Justiz ausbauen will, die unabhängig vom Staat arbeiten kann. Freilich bleibt abzuwarten, wie er dies bewerkstelligen will.